

Land und Freiheit: Hintergründe zum Aufstand in der mexikanischen Provinz Chiapas

Ca. 10.000 Tzotzil, Tzeltal, Tojolabal und Chol - viele von ihnen symbolisch bewaffnet mit Pfeil und Bogen - ziehen am 12. Oktober 1992 nach San Cristóbal, dem Ort, von wo aus Bischof Bartolomé de Las Casas einst seinen Kampf gegen den Genozid an den indianischen Völkern Amerikas begonnen hatte. Dort, im Zentrum von San Cristóbal, zerstören am fünfhundertsten Jahrestag der spanischen Invasion die Überlebenden die Statue von Diego de Mazariegos, der im Jahre 1527 das Hochland der Altos de Chiapas erobert hatte. Erinnert werden soll damit vor allem an Kontinuitäten - Seit der Conquista ist die Geschichte Chiapas', stärker noch als die anderer indianisch geprägter Bundesstaaten Mexikos, die Geschichte von Aufständen und deren Niederschlagung:

- 1693 setzen die Zoque von Tuxtla den Cacique und den Alcalde, ihre von den Spaniern oktroyierten lokalen und regionalen Autoritäten, gewaltsam ab;
- im Jahre 1712 rebellieren, angespornt von der Erscheinung einer indianischen Jungfrau-Maria, 32 Tzotzil- und Tzeltal-Dörfer - zum großen Teil dieselben wie jetzt 1994! - gegen immer höhere Tributforderungen der Kirche und der Encomenderos, der Nachfahren der spanischen Invasoren, für die die indianischen Gemeinden Zwangsarbeitsdienste leisten müssen;
- zwischen 1869 und 1870 belagern die Tzotzil unter Führung von Pedro Díaz Cuscat San Cristóbal, um ihr Land, das sich traditionell in kollektivem Kommunalbesitz befindet, gegen liberale Privatisierungsreformen zu verteidigen. Niedergeschlagen wird diese Rebellion vom damaligen Gouverneur, einem Uronkel des jetzt von der EZLN entführten Ex-Gouverneurs Absalón Castellanos Domínguez!

Chiapas spiegelt heute in verschärfter Form die sozioökonomischen, ethnischen und politischen Probleme auch anderer Bundesstaaten Süd- und Westmexikos wider. Doch ein entscheidendes Charakteristikum des chiapanekischen Sonderweges, der bis in die Unabhängigkeitskriege und die späte Eingliederung in die Mexikanische Republik 1824 zurückreicht, zeigt sich in der Besitzstruktur auf dem Lande: Im Gegensatz zum restlichen Mexiko hat eine tatsächliche Landreform nach der Revolution von 1910-17 nicht stattgefunden. Dies liegt daran, daß in Chiapas die Revolution nicht zapatistisch geprägt war - also es

nicht um die Rückgabe ehemaligen Kommunallands und um die Verteidigung der politischen Autonomie der indianischen Dorfgemeinden ging -, sondern sich auf einen lokalen Bürgerkrieg zwischen den Eliten der beiden größten Städte, Tuxtla Gutiérrez und San Cristóbal de Las Casas, beschränkte; in deren Verlauf gerieten vor allem die Tzotzil der umliegenden Dorfgemeinden zwischen die Fronten zweier miteinander konkurrierender Oligarchien. In den nachrevolutionären Wirren setzt sich eine Koalition von in der Region dominanten Viehzüchtern, Besitzern von Kaffee- oder Zuckerrohrplantagen und Händlern gegen die von der Zentralregierung gestützten agraristas, die Verfechter einer nicht zapatistischen, sondern vom Partei- und Staatsapparat kontrollierten Landreform, durch. Daher wurden nur im wirtschaftlich "uninteressanten" Hochland Ejidos eingerichtet, lokale, kooperativenähnliche Zusammenschlüsse von Campesino-Familien, denen der Staat ein kollektives oder individuelles Nutzrecht an Land überträgt. In den wirtschaftlich attraktiveren Kaffee- und Zuckerrohrplantagen des Südens und Südostens sowie in den vieh- und holzwirtschaftlich interessanten Waldgebieten des nördlichen und nordöstlichen Tieflands der tropischen Selva Lacandona dagegen bleiben die Besitzverhältnisse unangetastet oder juristisch jahrzehntelang umstritten - mehr als 25% aller zur Zeit anhängigen Landkonflikte Mexikos betreffen Chiapas.

Der Bundesstaat, in dem 13 ethnische Gruppen leben - vor allem Tzotzil, Tzeltal, Tojolabal, Zoque, Chol, Mam und Lacandones - und die laut Zensus von 1990 ca. 28% der Gesamtbevölkerung stellen, ist bis heute geprägt von landlosen Bauernfamilien, die in die Städte oder in den Tropenwald abwandern, sowie durch Tagelöhner, die durch Schuldknechtschaft an die Zuckerrohr- und Kaffeeplantagen gebunden sind. Ausschlaggebend für das Entstehen einer "neo-zapatistischen" Bewegung gerade in Chiapas ist der Umstand, daß hier dieses Fortbestehen noch vorrevolutionärer Verhältnisse, die auf die Liberalisierung des Landbesitzes unter Benito Juárez und Porfirio Díaz im 19. Jahrhundert zurückgehen, zusammentrifft mit der gegenwärtigen neoliberalen Agrarpolitik. Diese Agrarpolitik des Präsidenten Salinas de Gortari ist gekennzeichnet durch die Reprivatisierung des Bodenbesitzes im Zuge der Ejido-Reform bzw. -Abschaffung (im novellierten Verfassungsartikel 27), die vollständige Öffnung der Agrarmärkte durch den Beitritt Mexikos zur Nordamerikanischen Freihandelszone NAFTA am 1. Januar 1994 und den Abbau staatlicher Kredit- und Vermarktungshilfen. All dies verschärft die schon bestehenden Landkonflikte zusätzlich.

Warum eine militärische Konfrontation? Die Polarisierung der politischen, ethnischen und ökonomischen Konflikte, also der Rückgriff auf "zentralamerikanische Lösungen" wie guardias blancas, paramilitärische Gruppen, und bewaffnete Guerrillaverbände, deren Präsenz in der Selva nicht erst jetzt, sondern schon seit 1974 bekannt ist, ist das Ergebnis des Scheiterns korporativer Interessenverbände in der Region. Im übrigen Mexiko gelingt es in den dreißiger Jahren unter der Präsidentschaft von Lázaro Cárdenas, die ländliche Bevölkerung mit Hilfe der Landreform in die Staatspartei Partido Revolucionario Institucional (PRI) und deren "Gewerkschaften" zu integrieren und dadurch einen korporativen Staats- und Parteiapparat zu schaffen, in dem die Ejidos und besonders deren Leitung, die Comisariados Ejidales, die unterste Ebene des PRI-eigenen Bauernverbandes Confederación Nacional Campesina (CNC) bilden und somit eine wichtige Instanz der Vermittlung von Konflikten und der Kanalisation finanzieller Ressourcen darstellen. Demgegenüber repräsentiert die CNC in Chiapas nicht die indianischen Kleinbauern und Ejidatarios, sondern vor allem die mestizischen Viehzüchter. Dies liegt daran, daß der Staats- und Parteiapparat aufgrund des Ausbleibens einer Landreform auf die bestehenden, vorrevolutionären Koalitionen zwischen der regionalen Oligarchie und lokalen Caciques, den aus der Dorfelite stammenden, oft korrupten und von außen gesteuerten Anführern, zurückgreift, um seine Präsenz vor Ort sicherzustellen.

Da es in vielen Dorfgemeinden keine integrativen, Staat und Partei repräsentierenden Organisationsstrukturen gibt, sind interne Konflikte nur lösbar, indem der Cacique seine wirtschaftliche und politische Macht - als einziger Ladenbesitzer, Zwischenhändler oder Alkohol-Monopolist - gegen die oppositionelle Gruppe einsetzt. So sind die lokalen PRI-Eliten in San Juan Chamula oder Zinacantan seit Mitte der siebziger Jahre bestrebt, nach offenkundigen Wahlfälschungen bei Kommunalwahlen (zuletzt 1991) alle Dissidenten mit religiösen Argumenten - dem Eindringen radikalprotestantischer Sekten - aus ihrem Ort zu vertreiben.

Offensichtlich haben auch die umfangreichen Entwicklungsmaßnahmen, die ab 1982 als Plan Chiapas und seit 1988 im Rahmen des Notprogramms Programa Nacional de Solidaridad (PRONASOL) nach Chiapas fließen, eine Eskalation der Konflikte nicht verhindern können. Die wichtigen, aber punktuellen Infrastrukturmaßnahmen, die zuletzt im März 1993 speziell für die "unsichersten" Kommunen Ocosingo, Altamirano und Las Margaritas beschlossen wurden, konnten strukturelle Probleme wie die Konzentration von

Landbesitz, die Monopolisierung des Zwischenhandels und das Fehlen politischer Vermittlungsinstanzen nicht lösen.

Die skizzierten Besonderheiten der Situation in Chiapas wirken sich auch auf die Organisationsformen ihrer ethnischen und/oder Campesino-Bewegungen aus. Während sich im übrigen Mexiko Organisationen bilden, die nacheinander zunächst die Befreiung von Schuldknechtschaft, dann die Rückgabe von Kommunalland bzw. die Errichtung von Ejidos und heute vermehrt die Wiedergewinnung der ökonomischen Kontrolle über den Produktionsprozeß und die Öffnung alternativer Vermarktungskanäle für ihre land- und forstwirtschaftlichen Produkte bezwecken, treten in Chiapas diese Typen von Organisationen oft zeitgleich auf: Auf den Kaffee- und Zuckerrohrplantagen kämpfen ganze Dorfgemeinden weiterhin gegen Schuldknechtschaft, gegen die Bezahlung durch Naturalien in den berüchtigten *tiendas de raya*, den Monopolläden der Plantagenbesitzer, sowie teilweise sogar noch gegen das *jus primae noctis* des Plantagenbesitzers gegenüber den Töchtern seiner Arbeiter. Einer Protestbewegung in Simojovel, Chiapa de Corzo und El Naranjal gelang es 1977, die Besitzer der Kaffee-Finca zu vertreiben; bis heute kämpfen sie um die juristische Anerkennung ihres jetzt zu einem Ejido umgewandelten Besitzes.

Ebenso wie in diesem Falle die Befreiung von Schuldknechtschaft in eine Bewegung zur Landverteilung mündet, entstehen in Chiapas Anfang der siebziger Jahre Organisationen, die die Versprechungen einer Landreform einklagen und gleichzeitig eigenständige Vermarktungskanäle und Kreditvereine zu bilden beginnen. Von zentraler Bedeutung für den Übergang von lokal isolierten Initiativen hin zu regionalen und multiethnischen Organisationsformen war der Erste Indígena-Kongreß 1974 in San Cristóbal, der zur 500-Jahr-Feier der Geburt von Bartolomé de Las Casas von der chiapanekischen Bundesstaatsregierung und der Diözese von San Cristóbal veranstaltet wurde. Dank einer zweijährigen Vorbereitungszeit, während der die Diözese Kurse über Landrecht, Produktionstechniken, Kreditquellen und mexikanische Geschichte anbot, gelang es Bischof Samuel Ruíz, die verschiedensten sowohl PRI-nahen als auch unabhängigen Gruppen zusammenzubringen. Als erstes konkretes Ergebnis der im Verlauf des Kongresses gewonnenen Erkenntnis, daß die Probleme der teilnehmenden Tzeltal, Tzotzil, Tojolabal und Chol im Wesentlichen identisch sind, entstehen schon 1975 die ersten Uniones de Ejidos, meist unabhängig von der CNC wirkende regionale Zusammenschlüsse einzelner lokaler Ejidos. Ihr vorrangiges

Ziel bestand in der juristischen Anerkennung des bestehenden sowie in der Schaffung neuen Ejido-Lands; dies führte schon bald zu Konflikten mit Viehzüchtern, Plantagenbesitzern und Holzhändlern sowie mit lokalen Caciques. So kämpfte in der Selva der größte Zusammenschluß, die aus 51 Ejidos bestehende Unión de Ejidos Quiptic Ta Lecubtesel aus Ocosingo, jahrelang gegen ein Bündnis aus Lacandon-Caciques der PRI und einem Tropenholz-Unternehmen, das es geschafft hatte, 1972 von der Regierung eine Fläche von 614.000 ha. (für nur 66 Lacandon-Familien!) zu erhalten, ohne die ca. 20.000 in die durch Landkonflikte im Hochland in die Selva gedrängten Tzeltal, Tzotzil, Tojolabal und Chol zu berücksichtigen.

Zur politischen Vertretung der eigenen Interessen werden - unterstützt von Katecheten, die in verschiedenen Dörfern kirchliche Basisgemeinden organisieren - erste Dachverbände für ganz Chiapas gegründet. Während sich die 1982 von Tzotzil aus Venustiano Carranza gebildete OCEZ (Organización Campesina Emiliano Zapata) vorrangig der juristischen Beratung und politischen Mobilisierung bei Landkonflikten widmet, forciert die 1980 geschaffene und 180 Dorfgemeinden umfassende Unión de Uniones de Ejidos y Grupos Campesinos Solidarios de Chiapas besonders den Kampf um die Kontrolle des Produktions- und Vermarktungsprozesses:

- Zum einen existiert seit 1982 mit ihrer Finanzierungskooperative, der Unión de Crédito Pajal Ya' Kactic, eine unabhängige Organisation, die aus verschiedenen Quellen (heute vor allem aus PRONASOL-Mitteln) zinsgünstige Kredite beschafft und sie an ihre Mitgliedsgruppen weiterleitet.
- Und andererseits versucht die Unión de Uniones, alternative Vermarktungskanäle für ihre Kaffeeproduzenten zu öffnen.

Im Verlauf der achtziger Jahre nehmen die größten dieser regionalen Organisationen an nationalen Koordinationen wie der auf politische und juristische Interessenvertretung spezialisierten Central Independiente de Obreros Agrícolas y Campesinos (CIOAC) und der Gesellschaft zur Kaffeevermarktung Coordinadora Nacional de Organizaciones Cafetaleras teil.

Eine neue Form der Mobilisierung stellen medienwirksame Protestmärsche zu Regierungsdependancen dar. Im März 1992 beginnt in Palenque ein von Chol, Tzotzil, Tzeltal, Tojolabal und Zoque aus ganz Chiapas getragener Marsch der Xi' Nich' Wen Mich', der "sehr erbosten Ameisen", auf Mexiko-Stadt, um jahrelang anhängige Landtitel-Entscheidungen zu beschleunigen, um die Verwendung von Dolmetschern bei nicht spanischsprachigen Angeklagten und

Untersuchungshäftlingen zu erwirken, um die Anerkennung der auf Dorfversammlungen gewählten lokalen Autoritäten durchzusetzen und um die Absetzung korrupter Regional- und Kommunalpolitiker zu erreichen.

"Podran cuestionar el camino, pero nunca las causas" - "Unseren Weg können sie in Frage stellen, niemals aber unsere Beweggründe" (EZLN-Subkommandant Marcos)

In den Gemeinden vor allem der Selva, wo nach Erschöpfung aller Regierungsinstanzen die Konflikte ungelöst bleiben, bildet sich bewaffneter Widerstand. Seit 1974 kommt es vor allem in Ocosingo immer wieder zu Zusammenstößen zwischen Guerrilla-Einheiten der sog. Fuerzas Armadas de Liberación Nacional (FALN) einerseits und von Vieh- und Holzhändlern unterhaltenen paramilitärischen Gruppen sowie militärischen Verbänden andererseits. Das Ejército Zapatista de Liberación Nacional (EZLN) geht vermutlich Anfang der achtziger Jahre aus der FALN hervor; damals zieht sich deren ideologische Führungsgruppe, vor allem Überlebende der 1968 bei einem Massaker in Mexiko-Stadt militärisch unterdrückten Studentenbewegung und der 1974 im Bundesstaat Guerrero zerschlagenen Guerrilla, aus der Selva zurück. Die neue EZLN verschafft sich durch Überfälle und die Entführung reicher Viehzüchter, Plantagenbesitzer und Zwischenhändler (seit 1988 allein 2.000!) eine breite finanzielle Basis zur Bewaffnung großer Bevölkerungsteile. Dies entspricht der neuen Strategie der jetzt offensichtlich einheimischen Anführer: Statt einen langatmigen und eher defensiven Guerrillakrieg verstreuter Kommandos zu führen, wie es das Konzept der sog. Guerra Popular Prolongada der ehemaligen Kader vorsah, werden militärische Einheiten gebildet, die dank ihrer Unterstützung durch die umliegenden Dorfgemeinden eine frontale Auseinandersetzung mit den Regierungstruppen wagen können, wie das Vorgehen der EZLN seit dem 1. Januar 1994 zeigt. Eine derartige Taktik wäre - dies geben die heute längst etablierten Ex-Guerrilleros verblüfft zu - für die Guerrilla der siebziger Jahre undenkbar gewesen.

Seit 1991 und verstärkt seit März 1993 fordern die regionalen Viehzüchtervereinigungen von der Zentralregierung Armeeverbände zum Kampf gegen "Subversive" an, die eine Guerrilla im Regenwald aufbauen würden, gegen die sie machtlos seien. Als im Mai 1993 eine Armee-Einheit auf ein Kommando der EZLN stößt, kommt es zum ersten Mal zu Festnahmen und zur Bombardierung ganzer Dörfer. Die Regierung ist bestrebt, die Operation schnell zu begrenzen, da in den USA zur gleichen Zeit heftig über den bevorstehenden mexikanischen NAFTA-Beitritt debattiert wird. Erst ein halbes

Jahr später, symbolträchtig parallel zum Inkrafttreten von NAFTA, beginnt ein großflächiger Aufstand.

Zur Programmatik der EZLN ist noch zu wenig bekannt, um eine genaue Einordnung in das Spektrum der ethnischen und Campesino-Bewegungen Mexikos zuzulassen. Deutlich ist die Verbindung einer agrarisch-zapatistischen Ausrichtung mit der allgemeinpolitischen Forderung nach Einhaltung der Verfassung (besonders nach transparenten Wahlen) sowie mit dem Bestreben, eine ganz Mexiko und verschiedene Bevölkerungsschichten umfassende Koalition gegen die Privatisierungs- und Deregulierungspolitik der gegenwärtigen Regierung zu bilden. Schon im Vorfeld der anstehenden Friedensverhandlungen zeigt sich ein grundsätzlicher Unterschied zwischen der EZLN und ihren Vorläufern: Im Gegensatz zu den kleineren, relativ isolierten und ideologisch festgelegten Guerrilla-Gruppen der siebziger Jahre lehnt die EZLN die Vorlage einer festen, von Kadern formulierten Programmatik ab; sie versteht sich statt dessen bloß als "bewaffneter Arm" der neuen mexikanischen Zivilgesellschaft, und nachdem die Zapatisten einen politischen Freiraum für die Entfaltung dieser Zivilgesellschaft erkämpft haben, ist es jetzt die Aufgabe der zahlreichen Basisgruppen und Nicht-Regierungsorganisationen, die konkreten Schritte zur Demokratisierung nicht nur Chiapas', sondern ganz Mexikos auszuarbeiten.

Als erstes sind die indianischen Dorfgemeinden dieser Aufforderung zur Teilhabe am Verhandlungsprozeß nachgekommen. In einem auch für die fünfhundertjährige Tradition lokaler und regionaler Widerstandsformen einmaligen Umfang haben sich ca. 200 Dorfgemeinden und verschiedenste Organisationen der ethnischen und Campesino-Bewegungen Ende Januar zu einem Dachverband, der "Provisorischen Kommission der Indianischen Organisationen Chiapas'", zusammengeschlossen. Um die Verwurzelung der EZLN in den indianischen Dörfern - entgegen diverser Verschwörungstheorien der mexikanischen Regierung - zu bekräftigen, hat diese Kommission in ihrer ersten Stellungnahme die EZLN als ihre reguläre Armee anerkannt. Entsprechend sollen die Verhandlungen mit der Regierung nicht bloß auf neue, im Präsidentschaftswahljahr 1994 leicht propagandistisch verwertbare, Entwicklungsprogramme hinauslaufen. Statt dessen geht es den Campesino- und Indígena-Organisationen zunächst um die Verteidigung der durch die EZLN errungenen Souveränität: Sie fordern, ähnlich wie viele ethnische Gruppen und Organisationen in anderen Bundesstaaten auch, einen grundlegenden Umbau des Regimes im Sinne einer umfassenden Demokratisierung und

Dezentralisierung sowie der Anerkennung der regionalen Autonomieansprüche der indianischen Völker Mexikos.

Gunther Dietz